

Stadt will nicht mehr Transparenz

Winterthur Der Winterthurer Stadtrat erteilt einer breit abgestützten Motion, die mehr Transparenz bei externen Berichten, Studien und Gutachten fordert, eine Abfuhr. Gefordert war, dass die Stadt auf ihrer Website diese Unterlagen jeweils selbstständig publiziert. Das gehe zu weit, findet der Stadtrat. Stadtschreiber Ansgar Simon spricht von einem «unverhältnismässigen Aufwand». Die Stadt setze das Öffentlichkeitsprinzip bereits um. Initiantin Romana Heuberger (FDP) ist mit dieser Antwort nicht zufrieden. (mig) **Seite 3**

Stadtrat will nicht mehr Transparenz

Informationspolitik Eine Motion fordert mehr Transparenz bei externen Berichten – der Stadtrat ist dagegen. Er fände das unverhältnismässig aufwendig.

Aufträge für Studien, Planungen und Gutachten – ginge es nach der Mehrheit des Grossen Gemeinderats, müsste die Stadt diese auf ihren Internetseiten grosszügiger publizieren. Im letzten Herbst hat das Parlament eine Motion an den Stadtrat überwiesen, die diesbezüglich mehr Transparenz fordert.

Nun hat dieser darauf geantwortet. «Die Stadt informiert genügend transparent», heisst es in der Antwort. Sie erfülle die gesetzlichen Informationsvorgaben. Der Stadtrat setze das Öffentlichkeitsprinzip um, wie es in der Kantonsverfassung und dem kantonalen Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) verankert sei. Dazu gehöre die Informationstätigkeit von Amtes wegen und auf Gesuch hin. Er sei überzeugt, dass die Bevölkerung mit seiner derzeitigen aktiven Informationspolitik ausreichende Informationen erhalte. Auch was die Aufträge an Dritte betreffe.

«Prüfung für jeden Einzelfall»

Zudem argumentiert der Stadtrat: «Eine weitergehende Publikationspflicht würde einen unverhältnismässigen Aufwand bedeuten.» Stadtschreiber Ansgar Simon sagt auf Anfrage: «Es muss jeweils im Einzelfall geprüft werden, ob eine Studie eins zu eins veröffentlicht werden kann.» Und: «Der ordentliche Meinungsbildungsprozess im Stadtrat und in der Stadtverwaltung darf durch die Veröffentlichung von Studien nicht beeinträchtigt werden.» Das könne vor allem bei Vorstudien und Variantenplanungen passieren, falls diese von bestimmten Interessengruppen einseitig interpretiert würden.

Der Stadtrat beantragt deshalb an den Gemeinderat, die Motion für nicht erheblich zu erklären und somit die Informationsverordnung nicht zu ändern.

«Damit bin ich überhaupt nicht einverstanden»

Für Motionärin und Erstunterzeichnerin Romana Heuberger (FDP) ist die Antwort des Stadtrats unbefriedigend. «Damit bin ich überhaupt nicht einverstanden. Wir haben den Vorstoss gemacht, weil mehr Transparenz nötig ist», sagt sie. Mit dem Argument, dass der Aufwand für die Überprüfung zu gross sei, kann Heuberger wenig anfangen. «Relevant sind nur überwiegende öffentliche oder private Interessen, deshalb muss nicht jedes einzelne Dokument überprüft werden.» Laut dem Öffentlichkeitsprinzip müsse grundsätzlich alles öffentlich zugänglich sein.

Die Motion wurde von einer breiten Allianz unterstützt; lediglich SP und EVP waren nicht dabei. Heuberger sagt, jetzt werde die Stadtratsantwort mit Fachexperten angeschaut – bis der Vorstoss wieder im Parlament debattiert wird.